

Reform der Reform - die Zeit drängt!

■ Von Hans-Jörg Gebhard, Eppingen

Die Idee war bestechend: Grundlegende Veränderung der durch externe politische Entscheidungen ins Wanken gebrachten Zuckermarktordnung mittels Angeboten zur freiwilligen Quotenaufgabe.

Zwar gab es vor Verabschiedung dieser Maßnahme am 20. Februar 2006 hier und da Widerstände im Ministerrat. Schließlich konnte sich Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel jedoch durchsetzen mit ihrem Strukturkonzept, finanziert durch die betroffene Wirtschaft, die dann aber nach Durchschreiten der Talsohle auch die Früchte dieser enormen finanziellen Belastung ernten sollten.

■ Magere Erfolge

Leider sind die bisherigen Erfolge dieses Modells eher mager: Statt 6 Mio. t wurden bisher nur 2,2 Mio. t Quoten zurückgegeben. Die noch fehlenden 3,8 Mio. t sollen durch eine wesentliche Verbesserung des Fonds-Mechanismus letztendlich bis Ende dieses Jahres auf freiwilliger Basis noch realisiert werden. Danach droht der „flat cut“, das heißt die Quotenkürzung ohne jeglichen finanziellen Ausgleich für Bauern und Industrie. Dies setzt voraus, dass die im Mai vorgestellten Vorschläge der EU-Kommission vom Europaparlament gut geheißt und vom Ministerrat akzeptiert werden.

Wesentliches Kernstück der Vorschläge sind eine substanzielle Nachbesserung des Angebots für ausstiegswillige Erzeuger - also Anbauer und Fabriken. Richteten sich die bisherigen An-

gebote ausschließlich an die Zuckerhersteller, so sollen jetzt auch Landwirte die Möglichkeit haben, ihre Produktion gegen Entschädigung aufzugeben - im Umfang von maximal 10 % der Quote des jeweiligen Unternehmens. Auch wenn damit gerechnet wird, dass sich in einem solchen Fall die jeweiligen Unternehmen auf diese Maßnahme „draufsetzen“, um ihre Dispositionsfreiheit zu behalten, gibt die Öffnung des Fonds zusätzliche Impulse für das gesamte System.

■ Beitrag der Großen

Letztlich wird das Ziel der völligen Marktberingung auf freiwilliger Basis jedoch nur dann erreicht werden können, wenn auch die großen Anbauregionen wie Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Polen ihren Beitrag leisten. Die Kommission hat daher das Angebot gemacht, Erzeuger von der Strukturabgabe für die Marktrücknahme 2007 (für Deutschland 13,5 %) zu befreien, wenn zumindest dieser Anteil der Quoten freiwillig in den Fonds gegeben wird. Dieser finanzielle Anreiz soll zusätzlich zur bereits verbesserten Strukturprämie für Bewegung sorgen.

Die „big player“ der Branche haben die Brisanz der Angelegenheit erkannt und konstruktives Handeln angekündigt. Der größte französische Zuckerhersteller Tereos und auch unser Nachbar Nordzucker mit dem Dachverband Norddeutscher Zuckerrübenanbauer haben ihre Anbauer bereits entsprechend informiert. Auch wir

kommen gar nicht umhin, aus ökonomischen und politischen Gründen uns in dieser Sache im Sinne der Kommission zu verhalten.

Natürlich wird es schwer sein, in für den Rübenanbau besonders geeigneten Gebieten, die Anbauer zu überzeugen, freiwillig aus Teilen der Produktion auszusteigen. Ich möchte aber an dieser Stelle ganz deutlich darauf hinweisen, dass Südzucker im Rahmen der Marktordnungsreform bereits 7 % Zusatzquote dazugekauft hat, so dass sich der Verlust in Summe letztlich auf rund 7 % beschränken wird. Das ist im Vergleich zu den Fischler-Plänen aus dem Jahr 2005 (16 %) und im Vergleich zu den Notwendigkeiten aufgrund des verlorenen WTO-Panels und der zugestandenen Einfuhren aus den Entwicklungsländern (in Summe 30 %) ein relativ moderater Wert. Man sollte auch nicht vergessen, dass in der Vergangenheit Deklassierungen bzw. Marktrücknahmen in der Größenordnung von 13 bis 16 % hingenommen werden mussten und zwar stets ohne Entschädigung.

■ Auch die eigenen Strukturen verbessern

Die süddeutschen Verbände sind sich einig, dass die Maßnahmen zur Bereinigung und Stabilisierung der europäischen Strukturen auch einhergehen sollten mit Maßnahmen zur Verbesserung der eigenen Strukturen. Wie immer diese Maßnahmen aussehen werden, sie sollten vorrangig auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren.



Dr. Hans-Jörg Gebhard ist Vorsitzender des Verbandes Süddeutscher Zuckerrübenanbauer, Würzburg und der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker, Bonn.

Zur Lösung der anstehenden Probleme werden wir die Politik nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Ursachen der Reform sind sämtlich politischer Natur und nicht vom Sektor zu verantworten.

Wer die Öffnung des europäischen Zuckermarktes bewusst herbeigeführt hat, darf sich letztlich deren Konsequenzen nicht entziehen. Wir arbeiten mit Nachdruck daran, dass in diesen politisch sensiblen Bereich endlich Vernunft einkehrt.

Der neue französische Präsident Nicolas Sarkozy hat bereits seinen Landwirten angekündigt, in der WTO-Frage hart zu verhandeln und erst einmal Zugeständnisse der anderen Industrieländer sowie der Entwicklungsländer einzufordern. Auch viele unserer Politiker sollten endlich an die Wertschöpfung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in unserem Land und in der EU denken und keine weiteren Bauernopfer zu Gunsten Dritter bringen.

Verbandsfusion

(HW). Der Verband der Hessen-Nassauischen Zuckerrübenanbauer (Zwingenberg) und der Verband der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer (Worms) werden fusionieren. Das haben die Mitgliederversammlungen der beiden Verbände in Hessen und Rheinland-Pfalz Anfang Juni beschlossen.

Damit entsteht ein neuer Zuckerrübenanbauer-Verband, der etwa 3.000 Landwirte mit 24.000 ha Zuckerrüben umfasst. Wie die beiden Verbandsvorsitzenden Ernst Wechsler und Ludwig Eidmann anlässlich der Mitgliederver-

in wenigen Wochen werde die Zusammenführung der Gremien und Verbände in vollem Umfang erfolgen und bereits vor der Zuckerrübenernt 2007 solle die gemeinsame Geschäftsstelle beider Verbände in Worms eingerichtet sein.

Die Vorsitzenden wiesen darauf hin, dass die Verbände bezüglich der Schließung des Werkes Groß-Gerau gemeinsam einen Forderungskatalog erstellt und mit dem Unternehmen verhandelt hätten, um Nachteile für die Zuckerrübenanbauer abzuwenden. Nach der Werkschließung von Groß-

